

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nummer 30.— Mk. Durch Austräger 75.— Mk. pro Woche. Durch die Post 300.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfach 6000 Nr. 310 69. — Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 8837.

Freitag, 12. Januar 1923

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 20.— Mk. Stellen- und Wohnungs-gesuche, Familien-nachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 6.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3.— Mark. — Polka-Linien: Die Millimeterzeile 3 gespaltene oder deren Raum im Wert 75.— Mark.

Proletarische, geschlossene Kampffront tut not!

An das werktätige Volk Deutschlands! An die Vorstände der USPD., des USOB., der Ufa und des USB!

Die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen und die weiteren Zwangsmaßnahmen sind eine Bedrohung der gesamten werktätigen Bevölkerung Deutschlands. Angesichts der neuen Belastung und der schweren Gefahr der Zerstörung Deutschlands, halten wir es für das dringende Gebot der Stunde, daß die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, der Angestellten und der Beamten sich schnellstens zu tatkräftigen Abwehr- und Rettungsmaßnahmen vereinigen. Wenn je entschlossenes und einheitliches Handeln für die Arbeiterklasse notwendig war, so in dieser Stunde schwerster Gefahr. Zu diesem Zweck unterbreiten wir folgende Vorschläge, um deren Beantwortung wir seitens der oben bezeichneten Organisationen binnen kürzester Frist ersuchen.

Die Abwehrmaßnahmen, die wir vorschlagen, gehen aus von der Tatsache, daß für die Gewaltmaßnahmen im Ruhrgebiet die deutsche Bourgeoisie und die Regierung Cuno daselbe Maß von Schuld und Verantwortung trifft wie die imperialistische Gewaltpolitik Frankreichs. Die bisherige kapitalistische Erfüllungspolitik auf Kosten des werktätigen Volkes kann nicht mehr länger ertragen werden.

Die Regierung Cuno hat den Entente-Regierungen keinerlei greifbare und ernste Garantien für eine Auslandsanleihe gegeben, und die industriellen Verbände verweigern bis heute solche Garantien. Sie wollen ihre aus der bittersten Not der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands gepreschten Riesenerlöse dafür nicht zur Verfügung stellen.

Die bürgerliche Erfüllungspolitik, die jetzt bankrott ist, führt das arbeitende Volk Deutschlands in die größte Notlage. Der neue Monstrum wird das Elend der Arbeiter, Angestellten und Beamenschaft noch steigern. Die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung, die schon auf etwa 30 Prozent der Lebenshaltung der Vorkriegszeit gesunken ist, wird jetzt auf 25 und 20 Prozent sinken. Löhne und Gehälter werden immer erschreckender hinter den Preisanstieg zurückbleiben. Das Elend der Rentenermpfänger ist kaum noch einer Steigerung fähig. Der Mittelstand geht zugrunde.

Nach den eigenen Feststellungen des USOB. müssen 72 Prozent aller Steuerlasten von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden. Das ist unerträglich.

Wie aber das Programm der Cuno-Regierung, die Note vom 13. November zigt, soll die Politik der Abwälzung aller Lasten auf das werktätige Volk in verschärfter Weise fortgesetzt werden. Verlängerung der Arbeitszeit, noch stärkerer Lohnbruch, zahlreiche Entlassungen von Arbeitern und Beamten sind geplant. Die großkapitalistische Presse kündigt als Abwehr der Besetzung des Ruhrgebietes die wirtschaftliche Sabotage an. Durch Sabotage soll die Kohlen- und Eisenproduktion vermindert werden, um zu beweisen, daß aus dem Ruhrgebiet nichts zu holen ist. Aber die arbeitende Bevölkerung wird die Kosten dieser Sabotage in Gestalt katastrophaler Arbeitslosigkeit zu tragen haben.

Mit dieser Politik der Volksausföndung muß endlich Schluss gemacht werden. Es bedarf dazu nur der gemeinsamen Anstrengung aller Werktätigen. Sie müssen endlich brechen mit der bürgerlichen Erfüllungspolitik, und eine proletarische durchsetzen.

Die Lasten der Wiedergutmachung müssen rücksichtslos den Besitzenden aufgezungen werden. Die von den Schlotbaronen, Börsenspekulanten und Junkern bis aufs Blut bekämpfte Erfassung der Sachwerte muß durchgeführt werden.

Die erste Voraussetzung dafür ist der Rücktritt der Regierung Cuno, der Bruch mit jeder Koalitionspolitik, die Erfämpfung einer Arbeiterregierung, deren Politik ausschließlich von den Interessen des werktätigen Volkes bestimmt wird.

Die werktätige Bevölkerung wird dann alle Kräfte mobil machen, um dem französischen Imperialismus, der nach dem Ruhrgebiet greift und mit der Zerstörung Deutschlands droht, Widerstand zu leisten. Da bewaffneter Widerstand ganz unmöglich ist, so ist die einzige wirksame Hilfe, auf die das werktätige Volk Deutschlands rechnen kann, die der werktätigen Massen in der Ententeländer und die der russischen Rätemacht. Diese Hilfe kann aber nur wirksam werden, wenn die Arbeiter aller Länder sehen, daß sie es nicht mit dem Cuno's, Stinnes und Konsorten zu tun haben, die die Geldhabschierigkeiten vertreten, sondern mit den werktätigen Massen, die ihre nackte Existenz verteidigen.

Nur so wird der Versailler Räubervertrag schließlich zerrissen werden können. Alle bisherigen bürgerlichen und Koalitionsregierungen waren unzulänglich, diesen Weg der Rettung zu beschreiten. Nur eine Arbeiterregierung wird dazu imstande sein. Wir schlagen daher vor, sofort eine das ganze Reich umfassende Generalkonferenz einzuleiten mit den Zielen:

- Abwehr der Besetzung des Ruhrgebietes, Appell an die Arbeiterschaft der Ententeländer, Abwälzung der Wiedergutmachungskosten auf die Besitzenden durch Erfassung der Sachwerte, und eine von den Kapitalisten in Goldwerten zu erhebende Zwangsanleihe; Entlassung der werktätigen Bevölkerung, Rücktritt der Cuno-Regierung, Bildung einer Arbeiterregierung, Auflösung des Reichstages.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist bereit, das Neueste anzubieten, um diese Aktion gemeinsam mit den anderen Arbeiterorganisationen kraftvoll durchzuführen.

Auf die Gewerkschaften und die USPD. fällt die volle Verantwortung. Sie haben die Durchführung dieses Rettungsprogramms in der Hand. Verschließen sie mit uns gemeinsam den vorgeschlagenen Weg, dann hat das Proletariat die Kraft und die Macht, die aufgestellten Ziele zu erkämpfen.

Berlin, den 10. Januar 1923.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Nieder mit dem Versailler „Frieden“!

Das Scheitern der Pariser Konferenz zwingt alle Schichten der Bevölkerung, erneut zum Versailler Frieden Stellung zu nehmen. Die Erfüllungspolitik der Kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung unter Wirth hat Bankrott gemacht. Die Sozialdemokraten versuchen ihn zu verschleiern, indem sie so tun, als ob der Zusammenbruch dieser Politik gerade das sei, was sie von vornherein erstrebt hätten. Breitscheid, der Sachverständige in der USPD, will das mit aller Wichtigkeit beweisen. Es ist die alte Geschichte vom Fuchs, dem die Trauben zu sauer waren.

Es ist nicht nötig, nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie und das Zentrum mit ihrer Erfüllungspolitik verfuhrten, unter Vermeidung größerer Störungen den Kapitalismus wieder aufzubauen. Dieser Versuch ist gescheitert, weil die Sozialdemokratie kapitalistische Wiederaufbaupolitik auf Kosten des Proletariats treiben wollte. Die Sozialdemokratie hat drei Jahre lang nach allen Kräften mitgeholfen, die Lasten des kapitalistischen Zusammenbruches vollständig auf die Schultern des Proletariats abzuwälzen. Sie hat nicht den Mut gehabt, die Lasten des Zusammenbruches den wirklich tragfähigen Schultern der Bourgeoisie aufzubürden. Dank der Politik der Sozialdemokratie konnte sich die deutsche Bourgeoisie fast ganz vor der Aufbringung aller Kosten, sogar vor dem Steuerzahlen, drücken. Es war mit Hilfe der Sozialdemokraten und Gewerkschaften möglich, die Arbeiter Deutschlands in Schach zu halten und auszuplündern, aber die Kraft der Kleinbürger-Regierung reichte nicht aus, um der siegreichen Entente den Widerstand entgegenzusetzen, der stark genug wäre, sie zu hindern, sich die verweigerten Reparationszahlungen selbst zu holen.

Die neue deutsche Reparationspolitik soll, wie die vergangene, ganz zu Lasten des Proletariats getrieben werden. Die Cuno-Regierung erklärt sich in ihrem Reparationsprogramm bereit, dem Proletariat die Daumen-schrauben noch mehr anzuziehen, den Nachstundentag durch den Zehnstundentag zu erhöhen, die Steuern für die arbeitenden Massen zu erhöhen und die Löhne noch tiefer zu senken; aber Cuno, der Vertrauensmann der Schwerindustrie, weigert sich, für die Lasten der Reparationszahlungen das Schwertkapital und die Junker heranzuziehen. Das ist der Sinn der auswärtigen Politik Cunos. Das ist der Sinn des Einheitsgeschreies für die nationalistische Abwehrfront gegen den brutalen Zugriff der Franzosen, die sich durch Pfänder aus Deutschland das holen wollen, was freiwillig zu geben sich die Bourgeoisie und die Cuno-Regierung weigert. Das ist der Kern des Patriotismus der deutschen Kapitalisten und Junker.

Als unsere russischen Genossen unter dem Druck des deutschen Militärstieles in Brest-Litowsk gezwungen waren, Frieden zu schließen, trieben sie proletarische Politik im Interesse aller Werktätigen Rußlands, indem sie den Krieg beendeten, Menschen zu opfern ablehnten und an dessen Stelle Gold in den Taschen der deutschen Militärbesitzer stopften. Die deutschen Patrioten handeln umgekehrt. Sie sind bereit, die Proletarier Deutschlands zu opfern, lehnen es aber ab, Opfer aus dem eigenen Geldbeutel zu bringen. Das gilt es offen auszusprechen gegenüber dem patriotischen und nationalistischen Geschrei, das aus Anlaß der Pfänderpolitik der Franzosen angestimmt wird. Die deutschen Patrioten hätten es in der Hand, die Ruhrbesetzung, die Pfänderpolitik sofort unmöglich zu machen, wenn sie aus ihren Kiebsenoffen die Summen aufbrächten, die

Verzögerung des Einmarsches um 24 Stunden.

Paris, den 11. Januar 1923. Der Vormarsch der französischen Truppen ist endgültig auf Donnerstag Nacht festgesetzt worden. Bis Freitag früh sollen die Soldaten ihre in Essen bezeichneten Quartiere eingenommen haben. Die offizielle Bekanntgabe der Ruhrbesetzung ist gestern nachmittag durch die französischen und belgischen Geschäftsträger sowohl in Berlin als auch bei der deutschen Botschaft in Paris und der Gesandtschaft in Brüssel erfolgt.

Warum die Verzögerung des Einmarsches erfolgte.

„Kompost“ behauptet, aus zuverlässiger Quelle erfahren zu haben, daß der französische Vormarsch auf Essen um 24 Stunden verschoben worden ist, weil es noch ungewiß war, ob Mussolini sich Frankreich und Belgien anschließen würde bei der Notifizierung der Sanktionen in Berlin. Man nehme in Paris an, daß er es tun werde, zumal sich an der Aktion auch italienische Ingenieure beteiligen.

Verhaftung der führenden Kommunisten in Frankreich.

Aus Paris wird uns gemeldet: Sämtliche von der Konferenz in Essen nach Paris zurückgekehrte Genossen, Mitglieder des Aktionskomitees, sind vorgestern in früher Morgenstunden in ihren Wohnungen verhaftet worden unter der Anschuldigung des Vergehens gegen die Staatssicherheit. Nur Cachin, der als Abgeordneter Immunität genießt, befindet sich noch in Freiheit, doch soll in der Kammer Sitzung ein Beschluß gefaßt werden, der seine Immunität aufhebt. Im Laufe des gestrigen Tages erfolgten sechs Verhaftungen, fünf weitere stehen noch bevor. Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ vom 11. Januar überschreiben diese Mitteilung: „Wie sich die Franzosen äußern“. Das soll ein Wink mit dem Zauberstab sein für die Cuno-Stinnes-Regierung, die führenden Kommunisten

Deutschlands gleichfalls hinter Schloß und Riegel zu legen! Wollen die Herren mit uns ein Längchen riskieren? Dann werden wir ihnen aufspielen!

Die Aktien steigen — trotz des „patriotischen Schmerzes“!

In allen Schulen Preußens werden Trauerkundgebungen angeordnet, damit die Trauer unseres deutschen Vaterlandes zum Ausdruck komme!

An der Berliner Börse stiegen Bahna-, Kolonial- und Brauntohlenwerte, besonders aber ober-schlesische und auch westdeutsche Bergwerksaktien. Es wiederholt sich daselbst das Schauspiel, das man jederzeit beobachten konnte bei der Teilung in Oberschlesien, wo die Kapitalisten offiziell-nationalistische Trauerkundgebungen veranstalten ließen, während die Aktien jener Werke, die von ihnen an Polen abgetreten wurden, um einige tausend Prozent in Werte stiegen. Mit dem Unglück des „Vaterlandes“ scheint es also nicht weit her zu sein.

Neue Opfer kapitalistischer Profitgier in DS.

Grubenbrand auf der Abwehrgrube. 45 Bergleute lebend eingemauert.

(Eigene Meldung.) In der Nacht von Donnerstag zu Freitag getet auf der Abwehrgrube ein Benzollager in Brand, der ein verheerendes Ölfeuer zur Folge hatte. Um ein Weitergreifen des Feuers zu verhindern, wurde ein Teil der Grube zugeworfen.

Niederbüh sind 45 Bergarbeiter von der Außenwelt völlig abgeschnitten und bei lebendigem Leibe begraben.

Zwischen der Direktion der Abwehrgrube und dem dortigen Betriebsrat bestanden dauernd Differenzen. Die Direktion ludie die Maßnahmen des Betriebsrates, die u. a. auch auf eine Verbesserung der Schutzmaßnahmen drängten, zu durchkreuzen. Die Bergarbeiter, die bei dem Brand ihr Leben verlieren, sind Opfer kapitalistischer Profitgier.

nötig sind, um den französischen Gewaltpolitikern den Rachen zu stopfen.

Die Regierung Cuno rechnet mit der Unterstützung Amerikas und Englands. Amerika hat in seiner auswärtigen Politik eine Schwelung unternommen und bekennt sich nicht mehr als bisher für Europa zu interessieren. Diese Schwelung ist nicht etwa auf Wohlwollen gegenüber Deutschland zurückzuführen, sondern diktiert von den Interessen der amerikanischen Bourgeoisie. Sie sieht mit Vergnügen zu, wie durch die Reparationskrise die deutsche Mark immer tiefer sinkt, um im gegebenen Augenblick wenn der Dollar erst auf 20 oder 30 000 steht, selbst das Geschäft der Vereinigung von Ruhrkohle und französischem Eisen zu übernehmen. Dem Ruin der Mark folgt der Ruin des Franken auf dem Fuße. Amerika wird unter der Maske des Retters in der Not das wichtigste Kraftzentrum der europäischen Wirtschaft in seine Hände bringen, um gestützt auf dieses, die großen Profitmöglichkeiten des Wirtschaftsaufbaues in Rußland in Angriff zu nehmen.

Die schlau sein wollende Politik der Sabotage der Reparationszahlungen durch die Cuno-Regierung, die Politik des Ohnjens im Porzellanladen der französischen Chauvinisten sind beide Wasser auf die Mühle des amerikanischen Imperialismus. Die Kosten dieser „Friedenspolitik“ zahlt das Proletariat Deutschlands und Frankreichs gemeinsam.

Der Friedensvertrag von Versailles kann nur auf zweierlei Art beseitigt werden. Der eine Weg ist ein neuer nationalistischer Krieg der besiegten Bourgeoisie gegen die siegreiche Entente. Das ist aber kein Ausweg, der dem Proletariat Rettung aus Not und Elend bringt. Im günstigen Falle führt er zu einem neuen Friedensvertrag à la Versailles, nur daß die Rollen der Sieger und Besiegten wechseln. Selbst der einfältigste Militarist kann nur in der Phantasie sich an solchen Plänen berauschen. Dem dämlichen Arbeiter muß nach den Erfahrungen des Weltkrieges klar sein, daß die Werkstätten in den Sieger- wie in den besiegten Staaten die Unterlegenen sind, denen die Lasten aufgebürdet werden. Im Interesse des Proletariats liegt einzig und allein der Kampf zur Überwindung des Versailleser Vertrages durch die internationale Aktion der Arbeiterklasse. Nur durch die Niederwerfung der Bourgeoisie und die Abwälzung der Lasten des Zusammenbruchs auf ihre Schultern kann sich die Arbeiterklasse Deutschlands eine Kampanie schaffen bis zu dem Zeitpunkt, wo mit Hilfe des revolutionären Proletariats in Deutschland und Rußland das Proletariat Frankreichs und Englands hart genug ist, seine Bourgeoisie niederzuwerfen.

Die Sabotagepolitik der Reparationszahlungen durch die Regierung Cuno wird zu den bisherigen Lasten nur neue auf die Schultern des Proletariats häufen. Die Politik, die die „D. A. Z.“ wie folgt umschreibt:

„Den Staat ins Unrecht setzen, ihn zwingen, überall Gewalt anzuwenden, neben jedem Zivilisatojen eine Kolle Militär anzustellen, ihn auf dem Wege des Rechts und des Friedens zur Ruhe kommen zu lassen, ihn zwingen, jeden Gewaltakt durch einen noch schmerzloseren Gewaltakt zu überkompensieren und so sich immer mehr in die Sphäre der allgemeinen Verachtung der Welt hineinzuschieben zu lassen, in die der Friedensbrecher und Straßentrüber gehört: das ist das Ziel der deutschen Politik.“

Die Politik wird das Proletariat nicht nur alle brutalen Gewaltmaßnahmen der Ententemachtgeber aufhalten, sondern durch Massenarbeitslosigkeit Einkommenstände schaffen, die unerträglich sind.

Die RPD und die Gewerkschaftsbürokratie stehen erneut vor einem Wendepunkt. Sie werden sich entscheiden müssen, ob sie mit der RPD, mit dem Arbeitsprogramm der Betriebsräte der Kampf gegen die eigene Bourgeoisie aufnehmen wollen, um durch eine Steuerpolitik, die die Bourgeoisie zwingt, die Kosten ihres verlorenen Krieges selbst zu tragen, das Proletariat vor dem Untergang zu retten, oder ob sie mit der Bourgeoisie gemeinsam am Untergang des Proletariats weiter arbeiten wollen. Mit der Sozialdemokratie und den deutschen Gewerkschaften ist das Proletariat Deutschlands sofort imstande, durch eine Zwangsausschreibung viel Sachwerte zu erlangen, um im Augenblick die Ruhrbewegung und die Forderpolitik abzuwehren und dadurch dem gierigen französischen Imperialismus den Widerstand entgegenzusetzen, der heute allem möglich ist. Denn heute hat das Proletariat Deutschlands dank der bisherigen Politik, keine Kraft, etwas anderes zu tun als vorläufig der französischen Militärpartei den Rachen zu stopfen. Die Rettung der Nation hängt abermals von der revolutionären Aktion der Arbeiterklasse Deutschlands ab. Erst wenn die Kampanie geschlagen ist, kann entsprechend den Beschlüssen der internationalen Konferenz der Kommunisten der Ententeländer der Versailles Vertrag endgültig beseitigt werden.

Das Proletariat des Rheinlands bewacht seinen Willen zum revolutionären Kampf.

Über die großen Massenversammlungen im Rheinland haben wir bereits kurz berichtet. Jetzt liegt uns ein ausführlicher Bericht vor über die Massenversammlung in Duisburg. Die „Arbeiter-Zeitung“, unter dortigen Brudern, berichtet:

„In Duisburg hat die Zentrale wohl selten größere Massen beisammen gesehen. Nach der Eröffnung der Konferenz stimmten die Arbeiter mit ihren rauhher Kopfen die Resolutionen an. Die ausländischen Redner, die in ihrer Sprache Reden hielten, sahen sich überlegt zu werden. Die deutschen Arbeiter, die die Genossen ihnen zu sagen hatten, wussten, dass die Genossen ihnen zu gleichen Kampfzeiten bereit sind.“

Genosse Kreibitz, der Redakteur der Duisburger Zeitung, sagte unter tosendem Beifall: In diesen Tagen wird sich entscheiden, ob der Rhein Deutschlands Strom bleiben wird. Für

An alle Kreis- und Ortsleitungen, an die Vorsitzenden der Fraktionen, an alle Parteifunktionäre.

Genossen und Genossen!

Der bevorstehende Einmarsch der französischen Truppen in das Ruhrgebiet hat in Deutschland die Einheitsfront von Helferrich bis Scheidebann neu erstehen lassen. Wie am 4. August leistet die SPD. den Nationalisten Helferrich. Eine neue Burgfriedensstimmung zu schaffen, sind die bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD. bemüht.

Die Aktivität der RPD. in diesem Augenblick ist von weitgehender Bedeutung für das gesamte Proletariat. Wir müssen darum den Augenblick, wo die Arbeiter, Angeestellten, Beamten und Kleinbauern, ja die ganze Bevölkerung über die Ruhrbesetzung spricht, unbedingt unseren revolutionären Standpunkt vor den arbeitenden Massen klarlegen.

Genossen! Versteht überall,

wo ihr aus eigenen Kräften

Redner stellen könnt, Volks-, Betriebs-, Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen ein. Nehmt Stellung auf Grund unserer Anweisungen durch die Presse. Befolgt die Anregungen der Aufrufe der Zentrale.

Berichtet über die Stimmung unter den Arbeitern, über den Verlauf der Versammlungen. Nutzt den Augenblick, um Tausende, die sonst nicht politisch denken, zur Fortsetzung des Klassenkampfgedankens, zur Stärkung des Einflusses der Partei zu gewinnen.

Genossen! Genossen! Die Partei ruft! Ihr habt nun die Pflicht, zu handeln.

Die Bezirksleitung.

in der Eiseshollowitz und wir von der Kommunistischen Internationale wünschen aber, daß der Rhein zu dem Strom wird, in dem der europäische Imperialismus sein Grab finden wird.

Der englische Genosse Newbold sagte: Ich habe festgestellt, daß die Arbeiter im Ruhrgebiet weit weniger an Lohn erhalten, als die Arbeitslosen in England. Diese Leute sind arbeitslos, weil der deutsche Arbeiter so billig seine Arbeitskraft an das Kapital verkauft. Der Versailleser Frieden ist in ein entscheidendes Stadium gelangt. Die Gegenläufe zwischen England und Frankreich zeigen einen neuen herausziehenden Krieg. Möge die Bourgeoisie sich gegenseitig zerfleischen und Krieg führen, wir Arbeiter haben damit nichts zu tun, wir haben kein Vaterland.

Der holländische Genosse: Wir meinen auch, daß es nicht nur unsere Pflicht ist, das holländische Proletariat auszurufen, sondern wir müssen auch nach Niederländisch-Indien gehen, unseren schwarzen Brüdern die Hände reichen und sie durch revolutionären Klassenkampf aus der Sklaverei des Kapitalismus befreien.

In Eisen sprachen auch der Vorsitzende der französischen Roten Gewerkschaft und Genosse Sachin. Dieser sagte: Wir erklären von dieser Stelle hier, wir kennen keine nationalstatische Landesverteidigung, wir kennen kein Vaterland, wir kennen nur einen Krieg, den Krieg gegen das internationale Känzlerkapital, wir kennen nur ein Vaterland: die Alliierte Arbeiterwelt, die kommunistische Internationale. In diesem Sinne sind wir einig mit dem Rheinischen und Ruhr-Proletariat, in diesem Sinne wollen wir gemeinsam unseren Kampf führen!

Zum Schluss sprach noch die große Vorbereiterin der Weltrevolution Genossin Klara Zetkin, die unter Aufbegeh ihrer letzten Kräfte immer und immer wieder von neuem die Massen antriefelt, um sie endlich zum letzten entscheidenden Kampf zu führen. Unter dem Dröhnen der Internationale und begeisterten Rufes auf Sowjetrußland, die kommunistische Internationale und die Weltrevolution fand auch diese Kundgebung ihr Ende.

Der Welt internationaler Solidariat und Kampfkraft geht durch die Rheinlande. Wir sind bereit, den Kampf aufzunehmen.

Die Revolutionäre Frankreichs für den proletarischen Bund Europas.

Ein Aufruf der französischen Gewerkschaften.

Die gesamte kommunistische Partei Frankreichs setzt ihre Aktion für den gemeinsamen Widerstand des deutschen und französischen Proletariats gegen die imperialistische Gefahr fort.

Von besonderer Wichtigkeit ist es, daß an dieser Aktion auch der Gewerkschaftsbund Frankreichs (CGTU.) teilnimmt, der die Mehrheit der organisierten Arbeiter umfaßt. So heißt es in einem Aufruf des Gewerkschaftsblattes „Le Syndicaliste Rouge“ an die lothringischen Arbeiter:

„Es besteht die Gefahr, daß der durch den reformmüdenerrat besetzte Kapitalismus noch einmal seine Waffen gegen die Revolution mobilisiert, um sie niederzuwerfen.“

Dagegen muß ein Bund der unterdrückten Massen zusammen mit dem Proletariat der Siegerstaaten geschlossen werden.

Nach liegen die englischen Kriegsjahre im Bosphorus, noch droht Poinsinetes Eisenstahl nach dem Ruhrbecken. Am 15. Januar ist wieder Betriebsstichtag, ein Tag, an dem das Elend des deutschen Proletariats wieder um einige Grade steigt.

In dieser Stunde muß der proletarische Bund Europas wirklich werden.

und die Gewalt der Reaktion mit festem Streichen erledigen. Nur der Einheitsfront der Proletarier aller Organisationen und aller Tendenzen zusammen mit den unterdrückten Massen wird die Reaktion den Rückzug antreten und das „Wir“ können müssen. In dieser Tat seien wir einig.“

Der Ruf ruft so 17 Genossen muß auch hier in Schlesien seinen Widerhall finden.

Wiederholte Wünsche der französischen Reformisten.

Sie verlangen eine Entschädigung des Völkerbundes in der Reparationsfrage.

Am 6. Januar fand in Paris eine von der französischen Gewerkschaftszentrale, der sozialistischen Partei und der Liga für Menschenrechte veranstaltete Kundgebung

zu Gunsten der friedlichen Regelung der Reparationsfrage statt. Für die Gewerkschaften sprach Jouhaux, für die Partei Abgeordneter Blum, für die Liga der Abgeordneten und ehemalige Minister Paul Boncour. Es wurde eine Entschädigung angenommen, in der die Versammlung feierlich eine Politik ablehnt, die Frankreich zum mindesten dem Verdacht aussetzt, die verschleierte Annexion deutschen Gebietes oder die Zerstörung der deutschen Einheiten zu betreiben, also gegen das Selbstbestimmungsrecht (!) der Völker zu verstoßen. Die Versammlung erklärt sich gegen eine Brutalitäts- und Mißbräutlichkeit und verlangt, daß der Konflikt einem Schiedspruch des Völkerbundes unterworfen werde.

Die Kundgebung der französischen Sozialdemokraten ist ein kleinbürgerlicher Wortsalat, auf den das Ausbeuterpöbel aller Länder preist. Nicht durch den Schiedspruch des kapitalistischen „Völkerbundes“, sondern durch den geschlossenen Kampf des internationalen Klassenbewußten Proletariats werden die Pläne der Ententeimperialisten und des deutschen Schwertkapitals durchkreuzt. In Eisen haben die Kommunisten den Anfang gemacht, um der Raubfront des Kapitals die um ihre Lebenseristenz kämpfenden Arbeitermassen entgegenzustellen.

Gegen die Notgemeinschaftspolitik.

Die Notgemeinschaften, die unter aktiver Mitwirkung der Zentralarbeitsgemeinschaften, des ADGB. und der Afa-Bürokraten entstanden sind und die Pflichten der Kapitalisten gegenüber den Armen und Sozialrentnern den Arbeitern auflegen sollen, erfreuen sich unter den Proleten keiner besonderen Beliebtheit. Die Proleten lehnen es ab, diese Pflichten zu übernehmen. Uns wird hierüber gemeldet:

Der Landesauschuß der freien Gewerkschaften für Sachsen hatte sich an dem Landesauschuß der Notgemeinschaft beteiligt und die Mitglieder aller Verbände aufgefordert, einen Stundenlohn in zwei Raten abzuliefern.

Das Gewerkschaftskartell Leipzig lehnte eine Beteiligung an der Notgemeinschaft für sein Gebiet ab, verwies auf die Aufgaben des Staates gegenüber den Armen und Sozialrentnern, stellte es aber in das Ermessen jedes Arbeiters, ob er einen Beitrag zu der Sammlung leisten will. Die „Leipziger Volkszeitung“ vom 4. Januar nimmt zu diesem Kartellbeschlusse Stellung, nennt ihn eine Halbheit und erklärt, daß es die Aufgabe der Gewerkschaften gewesen wäre, die Genossen vor der Beteiligung an diesen Sammlungen zu warnen. Die „Leipziger Volkszeitung“ verweist insbesondere darauf, daß die Arbeiterklasse durch den Lohnabzug sowie schon vier Fünftel der gesamten Einkommensteuer aufbringe, während die Bourgeoisie sich von allen Lasten drückt.

Das Gewerkschaftskartell Harzburg hielt am 4. Januar eine Sitzung ab. Über die „Notgemeinschaft“ fand eine lebhafte Aussprache statt, in der die Beteiligung an der Notgemeinschaft einmütig abgelehnt wurde, aus der Erwägung heraus, daß schon bisher alle Lasten der arbeitenden Bevölkerung durch Steuern und dergl. auferlegt seien und es nicht angängig ist, der Arbeiterschaft auch noch die Erfüllung der Pflichten des Staates bezu. der bestehenden Klasse zu übertragen.

Wer soll die Notgemeinschaft finanzieren? Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: „mit den Überstunden für Rentner sei es nichts geworden, denn die Arbeiter wollen den Achtstundentag nicht lassen.“ Doch:

„Beachtenswert erscheint uns ein anderer Vorschlag, der jetzt in Köln zur Erörterung gestellt wird, eine Abgabe von 1/2 v. H. aller Lohn- und Gehaltssummen, die Arbeitnehmer freiwillig auf sich nehmen sollen.“

Die Arbeiterschaft lehnt selbstverständlich diesen Plan ab. Der Staat, der reaktionären Gelichter die Taschen mit Pensionsgeldern vollproppst, hat Geld genug, und die selbstverständliche Pflicht, für seine notleidenden Rentner zu sorgen.

Die Arbeiterklasse wird ihre vom Kapitalismus mißhandelten und ausgeplünderten Mitglieder vor dem Hungerlode retten durch schärfste Bekämpfung dieser Regierung und ihre Erziehung durch eine Regierung der Arbeiterschaft.

Schlechte Rundschau.

„Die Zeitung ist schlecht“.

„Ach, wie ist doch unsere Zeitung schlecht“, so höre ich oft die Genossen klagen, wenn ich mit ihnen über die Zeitung spreche. Die einen jagen's in ernter Besorgnis darum, die Zeitung konnte nicht allen Anforderungen der Arbeiter entsprechen und dadurch an Agitationskraft verlieren. Sie lesen die Zeitung aufmerksam durch, streichen sich an, was ihnen nicht gefällt und — wenn's ihnen notwendig erscheint, dann greifen sie zur Feder und wettern gegen den Redakteur los, auf dem nun alles schlechte Holz gerhackt wird. Es ist gut so, daß die Genossen ihre Beschwerden vorbringen, denn dadurch zeigen sie, daß sie auf ihre Zeitung etwas halten und Interesse an ihr haben. Sie beweisen damit, daß sie nicht gewillt sind, die Zeitung den Redakteur allein machen zu lassen. Und so ist es richtig. Denn erst durch die Mitarbeit und durch die schonungslose Kritik der Arbeiter kann eine Zeitung eine wirkliche Arbeiter-Zeitung werden, die nicht nur eine den Arbeitern verständliche, sondern die die Sprache der Arbeiter führt. Eine solche Zeitung muß die kommunistische Presse aber sein. Eine Kritik, die auf Mängel an der Zeitung hinweist, die ganz bestimmte Fälle, wie es nicht gemacht werden soll, herausgreift, kann der Zeitung nur nützlich sein und sie verbessern helfen.

Es gibt aber noch andere Kritiker an der Zeitung, die sagen auch „die Zeitung ist schlecht“. Wenn sie aber gefragt werden, was denn an der Zeitung schlecht ist, dann wissen sie meist nichts zu sagen als „Mir fällt gerade nichts ein“ oder, was noch schlimmer ist: „Ich halte es für un-

nlich, Material zu sammeln.“ Was soll nun ein Redakteur mit dieser Kritik anfangen? Wie kann er den Wünschen der Genossen Rechnung tragen, wenn er sie nicht kennt? Mag er der befähigste Kopf sein, er wird den Genossen nicht helfen können, wenn er nicht weiß, wo sie der Schluß drückt.

Und nun die Frage: „Ist die Zeitung wirklich schlecht? Oh ja, wird dann mancher Genosse sagen. Die Zeitung bringt ja gar nichts aus unserem Orte! Nichtig, das ist ein Fehler. Aber an wen liegt er? Etwa an dem Redakteur, der in Breslau sitzt? Der kann ja nicht wissen, was in den einzelnen Orten in der Gemeindevertretung, im Betriebe oder im Verbands vorgeht! Nein, an den Genossen selbst liegt es. Sie müssen über alles, was im Orte wichtiges geschieht, sofort der Zeitung berichten. Aber das nützt ja nichts, es wird doch nicht abgedruckt.“ wird mit ein Genosse entgegenhalten, der einmal vorgehen etwas an die Redaktion schickte. Dieser Pessimismus ist durchaus unbegründet. Wenn das, was ein Genosse für die Zeitung schreibt, wichtig genug ist, um abgedruckt zu werden, und es ist noch nicht zu alt, dann kommt es bestimmt in die Zeitung. Freilich bekommt der Redakteur oft Sachen zugeschickt, die nicht zu verwenden sind, und da ab 15. Januar ein Brief zum Zurückschicken 50 Mk. kostet, wandert die vielleicht mühselige Arbeit manches Genossen den Weg allen unbrauchbaren Manuskriptes — in den Papierkorb. Das ist zuweilen tragiisch, aber es zu ändern, würde zuviel Zeit und Geld kosten. Lediglich eine kurze Briefkasten-Notiz verkündet dann den Genossen die traurige Botschaft. Wenn ein Genosse für seine Zeitung etwas schreibt, das noch dazu bald veröffentlicht werden soll, dann möge er die altbekannten Regeln gut beachten:

1. Schreibe kurz, nur das Notwendigste, aber nicht Telegrammstil, sondern so, daß jeder daraus klug werden kann.
2. Beschreibe das Papier nur auf einer Seite, möglichst mit Zinze, und die Zeilen nicht zu eng, damit demütlich noch etwas dazwischen geschrieben werden kann. Schreibe die Zeilen nicht länger als die Spanne einer Hand.
3. Adressiere alle für die Zeitung bestimmten Sachen direkt an die Redaktion. Dadurch wird vermieden, daß die Zuschriften erst in das Bezirkssekretariat oder in die Geschäftsstelle laufen, wodurch zuweilen recht wesentliche Verzögerungen eintreten.

Wenn alle Genossen, die für die Zeitung schreiben (und das sollten recht viele tun) diese einfachen Dinge beachten, dann werden sie sich und dem Redakteur viel Ärger ersparen und bald ihre Freude an der Zeitung haben.

Also ihr Kritiker! Keine leere Kritik, mit der nichts anzufangen ist, sondern rücksichtslose Bloßstellung aller Mängel und aktive Mitarbeit, dann wird die Zeitung besser werden.

Bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront im Kreise Reiffe.

Die Sozialdemokratie in Oberschlesien hat in den letzten Jahren sich als ganz besonders nationalistisch verleucht und grundlos erwiesen.

Während des Mißwirtschaftsrumms machte sie jeden nationalistischen Unfug mit und unterstützte die Selbstschußverbände, die sich jetzt zu einer falschtlichen Landplage ausgewachsen haben.

Am Eingangstag der Reichswehrtruppen zogen die sozialdemokratischen Festredner wie Herr Beder (Gleiwitz) im Hlinnder und schwarzen Anzug vor das Rathaus, um die Truppen zu begrüßen, und während der Vorbereitungen zur Autonomiestimmung geben die bürgerlichen Parteien von den Deutschenationalen bis zu den Demokraten in Gemeinschaft mit der völkerverfeindenden internationalen Sozialdemokratie nationalistiche Flugblätter heraus.

Den Gipfelpunkt in dieser Art oberchlesischer sozialdemokratischer Politik aber bildet zweifellos das Abkommen der BSPD-Partei mit den bürgerlichen Parteien im Kreise Reiffe anläßlich der Kreisstagwahl.

Das sozialdemokratische „Volkswacht“ veröffentlicht folgenden Aufruf:

„An unsere Wähler und Parteifreunde!“
Die Kreisstagwahlen im Kreise Reiffe sind für den 28. Januar anberaumt. Weitere Wahlen zu Gemeindevertretungen und Stadteordnetenversammlungen sind mit aller Sicherheit in den nächsten Wochen zu erwarten. Mit der Berathigung der Städte- und Landgemeindevordnungen durch den Landtag sind erneut Wahlen für den Kreisstag erforderlich, die in der kürzesten Zeit getätigt werden müßten. Um der Bevölkerung Wahlkämpfe mit den damit verbundenen Aufregungen zu ersparen, haben sich die politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen des Kreises Reiffe auf Grund des Ergebnisses der Wahl vom 19. November 1922 verständigt und ihre Kandidaten gemäß den Bestimmungen über die Verhältniswahl auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag für die Kreisstagwahl im Kreise Reiffe vereinigt.

Sozialdemokratische Partei.
Kreis Reiffe.

Das ist wirklich die Höhe. Die Breslauer „Volkswacht“ sagt, daß in den Kreistagen immer noch die Junker sitzen und gibt Namen und Stand von einem halben Hundert großagrarischer Kreisstagsabgeordneter bekannt. Im selben Augenblick aber schließen die Sozialdemokraten im Kreise Reiffe einen Pakt mit der Reaktion, überlassen den deutschnationalen kampflösig zwei Mandate und dem Zentrum ein Mandat. Sie selbst begnügen sich in belauerter Bescheidenheit mit einem Mandat und wollen auf Krücken der deutschnationalen und des Zentrums in das Kreisstagsparlament hineinschleichen.

Daß dieses Abkommen zwischen deutschnationalen und Zentrum nicht nur Bürgerfrieden, sondern direkte Begünstigung der Reaktion bedeutet, liegt auf der Hand. Erstens einmal sind die abgegebenen kommunistischen Stimmen bei dieser Verteilung der Mandate nicht berücksichtigt, dann aber waren viele Sympathisierende durch die knappen kommunistischen Stimmzettel an der Ausübung ihres Wahlrechtes gehindert. Dieser bürgerlich-sozialdemokratische Pakt bedeutet einen Schlag in das Gesicht der sozialdemokratischen Wähler in anderen Kreisen, welche die BSPD zum Kampf gegen Zentrum und deutschnationale aufrufen.

Angereicherter Anzeiger, das amtliche Publikationsorgan für Ziegenhals und Umgebung enthält in seiner Nummer vom 6. Januar 1923 (Nr. 2, 26. Jahrgang) auf der ersten Seite in der ersten Spalte einen Artikel, wonach

sich die Parteien verständigt hätten, eine Wahl nicht stattfinden zu lassen.

Wir stellen hiermit fest, daß auch die kommunistische Partei sich an den genannten Wahlen vom 19. November 1922 beteiligt hat, und wir es ablehnen, eine solche Verständigung einzugehen. Wahlen können nicht durch Einigung einiger Parteiführer ausgeführt werden und erheben wir darum gegen dieses Vorgehen den schärfsten Protest.

Die Wahl am 19. November ist kein Spiegelbild für die Stimmung der dortigen Bevölkerung, zumal der wahltechnische Apparat nicht überall so eingesetzt hat, um die Stimmung der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Wir weisen daraufhin, daß die kommunistische Partei nicht ein-

Die Delegierten zum Parteitag

werden in den einzelnen Ortsgruppen durch Urabstimmung

am kommenden Sonntag gewählt

Näheres gibt die Bezirksleitung in ihrem heutigen Aufruf bekannt.

mal befragt wurde wegen einer solchen Vereinbarung und sehen wir darin ein schweres Vergehen gegen die gesetzlichen Bestimmungen. Außer diesen angeführten Gründen lehnen wir es prinzipiell ab, durch derartige Vereinbarungen es der Bevölkerung unmöglich zu machen, ihrer Aueberzeugung Ausdruck geben zu können.

Der Wahlvereinsmann
Der kommunistischen Kreisstagsliste des Landkreises Reiffe. Unsere Genossen werden gut daran tun, den Bürgerfriedenspakt zwischen BSPD und den Bürgerparteien aufzubewahren und denselben den Sozialdemokraten überall dort unter die Nase zu halten, wo sie sich an der Kreisstagswahl beteiligen und sich als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung aufstellen wollen.

Breitscheid's „große außenpolitische Rede“ in Breslau.

Herr Dr. Rudolf Breitscheid, der sogenannte Außenpolitiker der BSPD, hielt am Montag in einer Mitgliederversammlung der BSPD ein Referat über „Paris und Berlin“.

Breitscheid, der seine politische Laufbahn als Demokrat Gerlach'scher Richtung begonnen, gehört zu jenen päpstlichen Schönrednern, an denen die Kleinbürgerliche BSPD, so reich ist, 1912, als die demokratische Vereinigung des Herrn Gerlach in Schönheit zu sterben begann, setzte sich Herr Breitscheid mit der ihm eigenen Eleganz und Schnelligkeit auf das sozialdemokratische Pferd, wurde Landtagskandidat, ohne freilich sein Ziel, Abgeordneter zu werden, zu erreichen. Während des Krieges ging B. zur USPD über und stärkte die pazifistische Richtung Bernstein-Ströbel-Gisner.

Im November 1918 bemühte sich Breitscheid vergebens um einen Ministerposten. In der BSPD glaubt Breitscheid, seinem Ziel, Minister des Auswärtigen zu werden, nahe zu sein.

Er nimt im Reichstag den „Renner der auswärtigen Politik“ und die Breslauer „Volkswacht“, die sein Referat an der Spitze des Blattes widergibt, umschmeißelt den beinahe Minister gewordenen wie folgt:

„In etwa zwanzigjähriger Rede schilderte der bekannte Außenpolitiker (1) die bedrohliche, internationale Lage nach dem Abbruch der Pariser Konferenz und präfigurierte mit großer Klarheit die Aufgaben des deutschen Volkes, der Reichsregierung und unserer Partei für die nächste Zukunft.“

Hören wir nun, welche Aufgaben es sind, die der „bekannte Außenpolitiker“ dem deutschen Volk, der Reichsregierung und der BSPD „präfiguriert“.

Nachdem Herr Breitscheid laut „Volkswacht“-Bericht den „Rechtssinn“ der angeblichen Verfehlungen und Frankreichs Drohungen geschildert hatte, konstatierte er den Zusammenbruch der friedlichen Verständigungsveruche.

Von sozialdemokratischer Seite, betonte Herr Breitscheid, sei der gegenwärtige Reichszustand nicht gebindert worden, alle auf ihn gesetzten Hoffnungen zu erfüllen. „Wo auch jene, welche von der Großbourgeoisie auf ihn gesetzt werden! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte ihm zunächst ein Mißtrauensvotum in dem Weg gelegt, damit er zeigen könne, was er vermöchte.“ (Wie elegant Rudi die Unterstützung und das Vertrauensvotum seiner Parteifreunde umschreibt.)

Stinnes habe das neue Kabinett (weilbar noch nicht genug willfährig gefunden, um es voll zu unterstützen; er beanugte sich nicht damit, nur „ein Stück Verfassung“) zu sein. Die Großindustriellen verhandeln ständig mit der Regierung über ihre außenpolitischen Forderungen und Helfreich sich in der Krisenzeit schon recht wohl!

Wir befinden uns seines Erachtens in der kritischen Situation seit dem Kriegsende, und der Vollständigkeit halber könne man verzeichnen:

„Daß gegenwärtig unter der Hand wieder Bemühungen begonnen hätten, die Sozialdemokratie in die Regierung hineinzuziehen.“

Hier verzeichnet der Volkswachtbericht Heiterkeit und Bewegung!

Wir nehmen an, daß da ein Irrtum des Berichtserstatters vorliegt.

Nach uns gewordenen Mitteilungen soll die bewegte Heiterkeit erst eingesetzt haben, als Herr Breitscheid folgenden Satz von Stapel ließ:

„Wir haben auch keine Ursache, gegenwärtig der Regierung Guano die Verantwortung für die Politik abzunehmen, die sie getrieben hat, und wären sehr töricht, wenn wir uns jetzt — so notwendig Koalitionspolitik in gewissen Lagen auch ist — in die Reichsregierung drängen würden.“

Er, er, die BSPD und Herr Breitscheid drängen sich also gegenwärtig nicht in ein bürgerliches Kabinett. Wer's glaubt, bekommt einen Vater, wer's nicht glaubt, deren zwei Gewiß, wir verkennen nicht den edlen Stolz der BSPD. Sie wird nicht „drängen“, aber wenn man höflichst einladen wird, angelichts der drohenden äußeren Lage und angelichts der „hohen Notwendigkeit im Interesse des Vaterlandes, der „Gesamtheit“ eine Notgemeinschaft zu bilden“, wird Herr Breitscheid sich dann nicht „selbst überwinden“ und den leeren Sessel des Außenministers übernehmen?

Im weiteren Verlauf seines Referates übte Herr Breitscheid scharfe Kritik an den deutschen und französischen Nationalisten, die sich gegenseitig in die Schlingen arbeiteten, und lebte lehrerhaft im jehigen Augenblick jed. Einheitsfront mit dem Nationalismus ab.

Herr Breitscheid scheint nicht zu wissen oder vergessen zu haben, daß seine schlechten und oberchlesischen Freunde sich seit Jahr und Tag in einer Einheitsfront mit den Nationalisten befinden. Wir erinnern nur an die Haltung der BSPD bei der oberchlesischen Autonomieabstimmung, ihr Verhalten bei den Kreisstagswahlen in Reiffe und Lobses Vortrag beim Bund der Rheinländer in Breslau.

hält er nach wie vor an der Erfüllungspolitik fest und behauptet:

„Hätten wir aber in Versailles nicht unterschrieben, hätten wir das Londoner Ultimatum abgelehnt, dann würden wir jetzt lehrerliche Opposition gegen Poinecare in der Welt stellen können.“

Nun, die Opposition gegen Poinecare ist — soweit sie ernsthafter Natur ist — nur auf die Arbeiterschaft beschränkt. Die Kapitalisten in England, Amerika werden dagegen Frankreich nicht in die Arme fallen, weil Deutschland auf Kosten der Arbeiterschaft, d. h. bis zum Verenden (1), erfüllt hat, sondern sie werden erst dann einschreiten, wenn durch das Vorgehen Frankreichs ihr Profit gefährdet ist. Die Koalition des Herrn zukünftigen Außenministers Breitscheid ist die des gewissen Reichszuständlers Milch. „Mach Milch behauptete, Deutschland müsse erfüllen, um beweisen zu können, daß es nicht erfüllen könne.“

Und jetzt, nachdem dieser Beweis wirklich geführt worden ist — und zwar auf Kosten des Proletariats — erhebt sich die ganze politische Welt über den Herrn Breitscheid in folgenden Rat:

„Nichts wäre passender, als sich gegenwärtig zu einer Aufgabe der Erfüllungspolitik provozieren zu lassen.“

Herr Breitscheid's neueste Hoffnung stützt sich auf die Wahlen in England und Frankreich und auf eine deutsch-französische Verständigung der Zukunft als Kern der Vereinigten Staaten Europas, die erst den Weg zum Weltfrieden wirklich sichern können!

Daß die Arbeiterschaft erst in beiden Ländern durch Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht die Vorbereitungen für eine wirkliche Verständigung und den Weltfrieden schaffen muß, ging aus den Ausführungen Breitscheid's nicht hervor.

Und wir fürchten, Herr Breitscheid wird, falls er im nächsten Kabinett Außenminister wird, die auf ihn gesetzten Hoffnungen ebendowenig erfüllen können, wie das durch den Mißtrauensvotum der BSPD gestützte Kabinett Guano.

Solange die Kapitalisten in Deutschland, Frankreich, England und Rußland, erfolgt die „Verständigung“ entweder auf Kosten des Proletariats der beteiligten Länder, oder sie bleibt weiter ein Gerlach-Breitscheider Traum, der jeden Morgen durch die WLB- und Reutersmeldungen zerstört wird.

Auf die „klaren, eindrucksvollen, einleuchtenden, an verschiedenen Stellen und besonders am Schluß mit Beifall aufgenommenen Ausführungen“ des Herrn Dr. Breitscheid werden wir — zur Beruhigung der „Volkswacht“ — sei's gesagt — noch öfter zurückkommen, inwiefern wir gerade an dieser „ausenpolitischen Rede“ den BSPD-Arbeitern beweisen können, wie weit ihre Führer abgewichen sind vom Wege des Klassenkampfes, vom Erfurter Programm.

Aus der Partei.

Urwahl der Parteitagdelegierten!

Kommenden Sonntag, den 14. Januar, findet in der Zeit von Vormittags 10 Uhr bis Abends 8 Uhr in allen Ortsgruppen der Bezirksorganisation die Wahl der Delegierten für den Parteitag in Leipzig statt. Die Art der Abstimmung ist den Ortsgruppen überlassen. Dazu liegen 3 Möglichkeiten vor:

1. Kann der Ortsvorstand im Parteiorde ein oder mehrere Wahllokale bestimmen, in denen innerhalb der festgesetzten Zeit, die kürzer als vorgeschrieben sein kann, die Mitglieder ihr Wahlrecht ausüben.
2. Kann innerhalb dieser Zeit eine Mitgliederversammlung stattfinden, während welcher die Mitglieder wählen.
3. Können die Zehneregruppenführer in der angegebenen Zeit bei den Mitgliedern die Stimmzettel abholen, wobei der Name oder die Buchnummer auf dem Stimmzettel vermerkt sein muß.

Bedingung ist, daß jedes wahlberechtigte Mitglied (als solches gilt, wer bis Ende Dezember 1922 die Beiträge entrichtet hat), einen Stimmzettel abgibt, auf dem nicht mehr als vier Namen stehen. Stimmzettel mit mehr als vier Namen sind ungültig. Wir veröffentlichen unten die Liste der von der Bezirksleitung und den Ortsgruppen vorgeschlagenen Kandidaten. Diese Liste kann als Stimmzettel benutzt werden. Dabei sind sozial Streichungen vorzunehmen, daß nur noch 4 Namen stehen bleiben. — Wir verweisen auf eine Anweisung der Zentrale, nach welcher sich unter den zu wählenden Delegierten eine Genossin befinden soll.

Nach erfolgter Wahl ist eine Zusammenstellung des Wahlergebnisses nebst den Stimmzetteln sofort an die Bezirksleitung zu senden. Da wir die Delegierten schnellstens nach der Zentrale und dem Parteitagkomitee in Leipzig melden müssen, können nach dem 18. Januar eingehende Wahlergebnisse nicht mehr berücksichtigt werden.

Als gewählt gelten diejenigen vier Genossen, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben.

Nach Anweisung der Zentrale trägt die Kosten für die Parteitagsdelegation der Bezirk aus den in Umlauf gesetzten Parteitagsmarken. Wir bitten, durch einen guten Umlauf der Parteitagsmarken für die Finanzierung Sorge zu tragen.

Bezirksleitung KPD. Selen.

Wahlvorschlüge

zugleich als Stimmzettel zu benutzen*)

1. Alfred Delsner, Breslau
2. Alfred Hamann, Sayнау
3. Elvira Kupke, Breslau
4. Josef König, Breslau
5. Josef Smolka, Gleiwitz
6. Fritz Reichel, Langenbielau
7. Richard Schulz, Dittersbach
8. August Habek, Waldenburg
9. W. Biewald, Oberhermsdorf

*) Dieser Stimmzettel ist herauszuschneiden und sind von den Wahlvorschlügen soviel Namen wegzulassen, daß nur 4 Kandidaten stehen bleiben.

Die Bezirksleitung.

Soziales.

Präsident.

„Kaiser-Kaffe-Stiftung“?

Wie der „Reichsbote“ mitteilt, hat die neuvermählte Frau Wilhelms des Kaisers dem schlesischen Verbande der Vaterländischen Frauenvereine für das Breslauer Augulashospital 300.000 Mark spendend. Außerdem hat sie eine Summe jährlich als „Kaiserin-Hermine-Wohlfahrtsfonds“ für Säuglingspflege und ähnliche Dinge bereitgestellt. Hermine möchte richtige „Kaiserin“ werden. Wenigstens sollen ihre Landeskinder sie als „Kaiserin“ anerkennen. Und für 300.000 Mark glaubt sie, sich der Breslauer Bevölkerung als Kaiserin vorstellen zu können. Soviel ist ihr das „Kaiserin“ schon wert. Sie gibt dann alljährlich noch einige Hunderttausender aus und in Breslau wird man von der „Kaiserin Hermine“ und ihren Fonds reden.

Doch ganz so leicht geht die Geschichte nicht. Denn selbst monarchistische Kreise wollen — so teilt die bürgerliche Presse mit — von Hermine als Kaiserin nichts wissen. Sie sprechen nur von der „Gemahlin Kaiser Wilhelms II.“, gerade so, wie man von der Frau August Millers oder gar von der Frau Robert Schulzes spricht. Und das — „aus Pietät vor der vereinigten Kaiserin und der Familie des Kaisers“.

Ob das nicht ein Bemerkenswerter im Liebesweine des „allerdurchlauchtigsten Kaiserpaars“ ist?

Nun, wie dem auch sei. Der Gedanke Hermine's, der tielwürdigen, ist jedenfalls genial, wenn die Summe auch gering ist. Dieser Gedanke muß aufgegriffen und verwirklicht werden. Darum, Herr Kaffe, lodern Sie 300.000 Mark (eine Kleinigkeit für Sie) und schaffen Sie eine Kaiser-Kaffe-Stiftung! Die Welt wird Ihnen lohnen und — Sie sind „Kaiser“!

Treppeneinigung und Betriebskosten nach dem Reichsmietengesetz

In der Bevölkerung herrscht nach dem Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes mancherlei Unklarheit über die Berechnung der Kosten der Treppeneinigung usw. Nach der Ausführungsverordnung des Magistrats zum Reichsmietengesetz gehören diese Kosten zu den Betriebskosten, die auf die Mieter in der vorübergehend entstandenen Höhe auf alle Räume nach dem Verhältnis der Grundmiete umzulegen sind. In den Häusern also, in denen sämtliche Mieter die gefällige Miete zu zahlen haben, ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, die Treppen usw. ordnungsmäßig reinigen und die Strafe zu zahlen. Die hierdurch entstehenden Kosten sind von ihm zu verauslagern und von den Mietern im Umkehrverfahren wieder einzuziehen. Wenn in einem Grundstück einzelne Mieter die Treppeneinigung selbst vornehmen wollen, ein anderer Teil vom Vermieter die Treppeneinigung verlangt, so müssen die entstehenden Kosten anteilig auf alle Mieter umgelegt werden. Es empfiehlt sich daher, daß entweder sämtliche Mieter die Treppen selbst reinigen oder sämtliche Mieter die Treppeneinigung dem Hausverwalter überlassen. Eine unmittelbare Berechnung dieser Kosten zwischen Mieter und Hausverwalter erscheint unpraktisch. Die hohen Preise für Gas und elektrischen Strom zur Treppeneinigung und Heizung, des Wassers, die Prämienszahlungen für Feuerversicherung und aller sonstigen Betriebskosten, deren weitere Steigerung zu erwarten, aber nicht abzusehen ist, lassen in der Regel die Forderung und Zahlung eines Monatsaufschusses auf die Betriebskosten in ungefährer Höhe der mindestens achtbaren Grundmiete zur Zeit als angemessen und billig erscheinen.

Die Genehmigung und Untersuchung der Dampfketten

Die Genehmigung macht der Polizeipräsident die Dampfkettenbesitzer mit Rücksicht darauf, daß darin Untersuchungen leider öfters vorkommen, auf ihre Berufspflicht aufmerksam. Spätestens bis zum 1. April die behördlich vorgeschriebene schriftliche Anzeige dem Polizeipräsidenten zu erhalten.

Auch ein Zeichen der Zeit. Pelz und Hut für 100.000 M.

Wurden am 2. in einem Cafe auf der Gartenstraße einem Pferdeshändler durch einen Kaufmann gestohlen. Der aber alsbald ermittelt und sichergestellt werden konnte. — Der eine ist durch die Not gezwungen zu hehlen, und der andere trägt Pelz und Hut im Werte von 100.000 M. zu göttlich in diese Welt. Ordnung!

Ein kleine Anfrage stellt ein Proletarier. Warum macht die Polizei die Augen zu, wenn ein Hund Jüder im Kommanberden 200 M., beim Kolonialwarenhandler 20 M., bei Karl Mill. auf der Sandstraße 24 M. kostet? Welcher Preis ist der richtige?

Der Arbeiter-Abstinenz-Bund bietet uns mitzuteilen, daß am 15. Januar, abends 7 Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses die nächste Versammlung der Ortsgruppe in Breslau stattfindet zu der alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, die gewillt sind, den Kampf gegen den Alkohol zu führen, eingeladen werden.

Wotzenberg. Bergarbeitervereinigung

Sie am letzten Sonntag im „Weichen Raum“ stattgefunden öffentliche Bergarbeitervereinigung kann man wohl als gut besuchte bezeichnen. Der Vorsitz hielt das Referat anstelle des Gen. Sabotta. Er führte an Hand von Beispielen den Bescheidern unsere schlechte wirtschaftliche Lage vor Augen. Den Unternehmern seien die Forderungen der Bergarbeiter zu hoch, sie möchten am liebsten Lohnabsatz vornehmen, indem sie verfahren, mit Hilfe der Gewerkschaften den Abstrich zu belegen. Er bezeichnete die Gewerkschaftsorganisation mit Recht als gelbe Organisation, als heißt die Gewerkschaftsführer nicht: davon zurückzuführen, die Arbeiter von Sammlungen für Streiks abzurufen. Es habe sich immer mehr die Selbsthilfe der Arbeiter aus. Dies beweist die internationale Solidarität, bei dem Streik der Endwegschaffener Arbeiter der trotz Sabotage der Gewerkschaftsführer so lange andauerte, ohne Hilfe und Unterstützung gefahrt wurde. In der darauf folgenden Diskussion sprachen einige für die Union, worauf von Seiten der KPD-Redner hervor wurde, daß klassenbewußte Arbeiter die Gewerkschaften nicht verlassen dürfen. Wir wollen uns nicht von den Massen abspalten, sondern dort die Opposition verhalten, damit wir inhaufen sind, die verhältnismäßig durch ihre Sätteln zu leben und durch Massenstreik zu erreichen. Begier meldeten sich keine zu Wort, so daß die Besammlung ihr Ende erreichte. Eine Zellerkammer, die über 900 M. einnahmte, wurde zur Deckung der Ausgaben verwendet.

Eine Frazionsierung der KPD. In den Betrettern der Union hand geschickend statt. Sie hat 2 Klänge in verschiedenen fröhlichen Tönen und zeigte die Gleichheit eines engen Zusammenarbeitens. Einige Zeitungsjäger wurden wieder genannt.

Genau. Eine öffentliche Versammlung der KPD. fand am 7. Januar im hiesigen „Schnitzhaus“ statt. Es sollte gegen die herrschende Forderung Protest erhoben werden. Als Referent war der Reichstagsabgeordnete Tschabel (Gottig) erschienen. Sein Referat war alles andere

als eine Aufforderung zum Protest. Vielmehr wurde versucht, die recht zahlreich erschienenen Arbeiter, Angestellten und Beamten in aller „Ehrlichkeit“ einzulassen. Der alte Badenbieter „Parlamentarism“ wurde vom Referenten benutzt, um zu beweisen, daß durch den Stimmzettel die Zustände gebessert werden können. Nachdem er noch einige Zeit auf die Unmöglichkeit der Arbeiter geschimpft hatte, wobei auch die Kommunisten ihren Teil bekamen, schloß Herr Tschabel mit den Worten: „Tretet ein in die KPD, dann werden wir, wenn auch lange dauert, zum Ziele kommen.“ In der

Der Winter blüht weiter!

Der Magistrat der Stadt Breslau gibt bekannt:
ab 11. Januar 1923 kostet
1 Zentner Rohle 3121 Mt.

Diskussion ergriff als erster das Wort Gen. Hamann. Er widerlegte das Referat in allen Punkten und sagte dem Referenten manche unangenehme Wahrheit. Wenn die politischen Parteien und Gewerkschaften mit Einschluß der KPD zum Kampf gegen ihre Ausbeuter aufrufen, wird im Kampf die Einigkeit da sein. Jeder weiß die KPD, jedem Kampf aus anstatt denehnen aufzunehmen. Reicher Beifall bewies, daß ein großer Teil der Versammlungsbesucher mit den Ausführungen des Gen. Hamann einverstanden war. Weiter erhielt das Wort Gen. Meier. Auch er widerlegte das Referat und zeigte, daß die Erfüllungspolitik auf Kosten der arbeitenden Massen das große Elend verursacht hat. Nur durch rücksichtslosen Klassenkampf allein ist es möglich, uns aus dem Elend zu befreien. Eine Steigerung der Produktion und gerechte Verteilung kann nur erreicht werden durch die Kontrolle der gesamten Produktion und Bildung von Kontrollausschüssen. Auch Gen. Meier erntete reichen Beifall. Nun begann die Rändie, wie sie bei der KPD üblich ist. Es wurde eine Protestresolution verlesen und angenommen, die bei den Stellen, an die sie gelangt, ungelesen in den Papierkorb wandert. Im Schlusswort wußte der Referent vor der Versammlung nichts Besseres, als eine wilde Heze gegen die Kommunisten und gegen Sowjet-Rußland vom Stapel zu lassen. Die Versammlung endete mit einem Hoch auf die KPD und mander alte KPD-Mann wird bei sich gedacht haben: Ach, wenn ich doch erst das billige Brot hätte. W. S.

Liedau. Die kommunistische Literatur hat schon sehr viel Aufklärung in Wort und Bild in die proletarischen Massen hauptsächlich in Rußland, gebracht. Aber jeder Parteigenosse darf nicht mit dem Felsen seiner Parteipresse oder einer für den Anfänger geschriebenen Broschüre mit dem Studium anderer Literatur aufhören, sondern er muß sich bemühen, in das Wesen und den gesamten Aufbau der kommunistischen Lehre hineinzufragen. Er muß sich die Lebens-Biographien anderer großen Führer vornehmen, muß sich über proletarische und bürgerliche Kultur ein Bild machen können und über die Stellung des Kommunismus zur Kunst unterrichtet sein. Und ganz besonders muß er sich die wissenschaftlich-floristischen Grundlagen durchstudieren. Darum komme jeder am 20. Januar in unsere Sonnenwendfeier und versorge sich mit Büchern und Zeitschriften. Unsere Bucherausstellung bietet reichhaltige Auswahl.

Waldenburg. Generalkonferenz der Bauarbeiter

Dies ist auch in den Kreisen der hiesigen Bauarbeiter zu demauern beginnt, bewies die am Dienstag, den 9. Januar, stattgefundene Generalkonferenz. Zur Tagesordnung standen die Punkte: 1. Quartalsbericht, 2. Anträge zur Generalkonferenz der Klasse Waldenburg, 3. Wahl der Ortsverwaltung, 4. Bericht über den Eintritt in die Tagesordnung, 5. Bericht über die Kollegen des Industriebaus auf, sich über die von ihnen an einigen Kollegen geäußerte Ungerechtigkeit zu verantworten. Nach kurzer Aussprache konnte bereits zur Tagesordnung übergegangen werden. In Beginn gab Kollege Scholz den Quartalsbericht. Aus diesem war zu ersehen, daß auch unter zahlreicher Infolge der Wintermonate einen Mitgliederrückgang hat. Zu Punkt 2 trat dann Kollege Scholz über den Wahlmodus zur Generalkonferenz. Nach eingehender Erläuterung des Kollegen Franz wurde sein Vorschlag, in allen Jahreszeiten Delegierte zu wählen, angenommen. Als Delegierte wurden gewählt: Gen. Franz, Adam, Berndt und Kollege Pöschel. Zu Punkt 3 wurden gewählt: als 1. Vorsitzender: Gen. Adam, 2. Vorsitzender: Gen. Stadler als 1. Schriftführer: Kollege Lemmer, als 2. Kollege Langner. Zum Kassierer wurde Kollege Scholz wiedergewählt. Ins Kartell wurden gewählt: Gen. Franz und Pöschel als Erlaubmäler: Gen. Berndt und Kollege Franz, als Bauernkommissare: Gen. Franz, Adam und Kollege Langner. Zu Punkt 4 gab Kollege Bodsig eine Erklärung über die Lohnverhandlungen. Von Gen. Franz wurde nach längerer Aussprache eine auf Verlangen der Versammlung von ihm ausgegebene Resolution vorgelesen. In der Resolution gaben die Kollegen den Willen zum Ausdruck, nicht durch Mehrarbeit und weniger Lohn die Kosten des Unternehmers retten zu wollen. Sodern sie fordern von der Organisation und dem KPD die Offensive des Kapitals und der Regierung den gezielten Kampf aller organisierten Arbeiter entgegenzusetzen und sofort alle Forderungen dazu in Kürze zu treffen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach Erläuterung einiger Beschwerden wurde die Besammlung geschlossen.

Eine offene Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, den 17. Januar, abends 6 Uhr im „Anker“ statt. Sympathisierende und Leser der Zeitung sind willkommen. Genossen erscheinen alle; bringt eure Frauen mit.

Zur Unterstützung der Arbeiter gehen noch folgende Beträge bei Genossen Adelt, Breslau, Westhofstraße 6, ein:

Aus Breslau:	
Güter-Abfertigung Breslau-West.	
Liste Nr. 44115	1810 Mt.
Liste Nr. 44231	1625 „
Liste Nr. 44157 Spornstriedelkabr	
Koch & Winterberg	11500 „
Buchhandlung Liste Nr. 44272	1830 „
Buchhandlung Liste Nr. 44232	3930 „
Dahmmeister 7, Liste Nr. 44155 (Döring)	3325 „
Liste Nr. 44126	240 „
In der Ortsleitung gesammelt am 22. 12. 22	1542 „
Von den Kollegen der Stadthagen	
Listen Nr. 44158 und 44159	2343 „
Von den Kollegen des Gaswerk 3 (Döring)	15820 „
Von den Kollegen des Gaswerk 4 (Döring)	8350 „
Liste Nr. 44129	260 „
Technisches Personal Bahnhof 5	3700 „
Zusammen 56275 Mt.	

Aus der Provinz:	
Bauschne Marzschwit	2370 Mt.
G. R. Altmasser	100 „
Glaserarbeiter, Liebau	1023 „
Bergarbeiter, Liebau	1705 „
Holzarbeiter, Liebau	2144 „
Von Kollegen Schmidt, Castellengrube bei Dorfignert	18486 „
Zusammen 25628 Mt.	
56275 Mt.	
Gesamtsumme 81903 Mt.	

Briefkasten.

Ottesberg. Gen. Richard S. Bericht vom Feuer auf Gemontschach hier nicht eingegangen.
Hermannsdorf (Kynast). M. W. Feuerbestattung. Artikel erscheint nächste Woche in der „Tribüne“.

Versammlungs-Kalender.

Für jed. Zelle und dies. Rubrik muß ein Betrag von 10 M. gezahlt werden.

KPD Bezirksleitung: Baro u. Kasse: Bresl., Nikolaistr. 40/41, Fernruf Amt Ring 8837. Adresse: Alfred Deißner, Breslau, Nikolaistr. 40/41. Postfach Nr. 1. Breslau 6884, Alfred Deißner.
Breslau. Freitag, den 12. Januar, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistr. 40/41. 4. wichtige Sitzung aller kommunistischen Betriebsräte. Erscheinen Pflicht. — Freitag haben folgende Distrikte: 1. Minoritätenkolle, 2 im Parteibüro, 3 bei Mühlberg, Köpplitz, Besammlung. — Sonntag, Punkt 9 Uhr vormittags, Dreizehntagefeier. — Montag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, findet die erste Zusammenkunft des mit der Wahlvorbereitung betrauten Stewers im Parteibüro statt. Die Rekrutierung der Mitglieder, ihre Vertreter zu entsenden.
Ranzlau. Am Montag, den 15. Januar, abends 7 Uhr, im Parteibüro, „Gasthof zum Deutschen Reich“, Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung. Vorhandenheit. Alle Genossen und Genossinnen müssen zu dieser ganz besonders wichtigen Versammlung erscheinen. Zeitungsjäger sowie Sympathisierende sind herzlich willkommen.
Landeshut. Montag, den 15. Januar, abends 8 Uhr. Bedächtigster zu Ehren der ermordeten Genossen Liebescht und Uexemburg, bestehend in Gesang, Liedern und Vorträgen. Die Mitglieder der KPD, der KJ, sowie Sympathisierende sind eingeladen.
Langenbielau. Sonnabend, den 13. Januar, bei Güte Neubielau, abds 8 Uhr, findet von Partei und der K. J. eine Vorkonferenz statt. Zum Vortrag kommen: Ansprache, Vorträge aus den Sozialistischen, Postitionen und Gebiete. Es ist Pflicht jedes Kommunisten, zu erscheinen. Sympathisierende und Zeitungsjäger sind willkommen.
Am Dienstag, den 16. Januar, abends 7 Uhr, findet bei Zimmer im großen Saale eine öffentliche Parteiversammlung statt. Thema: Bericht vom 4. Weltkongress der KPD. Genosse Deißner, Breslau. Genossen u. Genossinnen sind herzlich willkommen. Genossen im Anschluss an die Parteiversammlung findet Wahl zum Reichspräsidenten statt. Alle Genossen (innen) müssen die Wahlzettel mitbringen.
Marshall. Sonnabend, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Waidhaus zur „Stadt. Gen.“, Sabotage, 4. wöchentliche Mitgliederversammlung. 2. wichtige Tagesordnung, in die Pflicht eines jeden, zu erscheinen. Sympathisierende sind herzlich willkommen.
Neu-Salzbrunn. Sonntag, den 14. Januar, vorm. 9 Uhr, im „Anterkorn“, Generalversammlung. Jeder Genosse muß erscheinen.
Mieder-Salzbrunn. Sonntag, den 14. Januar, abds 7 Uhr, im Bierhof, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Monatsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Wahl der Ortsverwaltung, 4. Diskussion. Bitte: bei zu erscheinen wegen Empfang der neuen Mitgliedsbücher. Jeder Genosse muß seine Genossin mitbringen. Bitte, daß für Kommunisten leid u. ehrlich Care Pflicht, Pflicht, Pflicht. — Freitag, den 12. Januar, abends 7 Uhr, im Waidhaus zur „Stadt“, in der „Gartenstraße“ eine wöchentliche Feier für den Unterdistrikt Waldenburg, unter Mitwirkung der Waldenburg, Kommunist. Tagesordnung: Programm. Wir laden deshalb die uninteressierten Ortsgruppen, sowie die Sympathisierenden herzlich ein. Der Dienstag, ist zur die Karte bitte bestimmen: Freitag 9 Uhr.
Peterswaldau. Sonntag, den 14. Januar, nachm. 3 Uhr, im Hotel „Gasthaus, Waidenburg“, Generalversammlung. 4. wöchentliche Mitglieder Versammlung. 4. wichtige Tagesordnung, in die Pflicht eines jeden, zu erscheinen. Sympathisierende sind herzlich willkommen.
Kreis Waldenburg. In der am 14. Januar, nachm. 2 Uhr, im „gelben Saal“, 4. wichtige Tagesordnung, in die Pflicht eines jeden, zu erscheinen. Sympathisierende sind herzlich willkommen. Tagesordnung: 1. Bericht vom 4. Weltkongress, 2. Monatsbericht über die deutsche Arbeiter-Zeitung.
Weißfisch. Sonntag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, in der Gemeindegemeinde, wichtige Mitglieder Versammlung. Tagesordnung u. a. Bericht vom 4. Weltkongress in Wostau. Hierunter Briefliche Genosse Deißner, Breslau. Bitte eines jeden Genossen ist, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Auch die benachbarten Ortsgruppen und Sympathisierende sind eingeladen.

KJD

Bezirksleitung: Baro u. Kasse: Bresl., Nikolaistr. 40/41. Fernruf Amt Ring 8837. Adresse: Alfred Deißner, Breslau, Nikolaistr. 40/41. Postfach Nr. 1. Breslau 6884, Alfred Deißner.

Langenbielau. Sonntag, den 14. Januar, vorm. 9 Uhr, im „Anterkorn“, Generalversammlung. Jeder Genosse muß erscheinen.

Waldenburg. Achtung Bergarbeiterfraktion der K. J. Sonntag, 14. Jan., nachm. 2 Uhr, im Waidhaus zur „Stadt“. Tagesordnung: 1. Monatsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Wahl der Ortsverwaltung, 4. Diskussion. Bitte: bei zu erscheinen wegen Empfang der neuen Mitgliedsbücher. Jeder Genosse muß seine Genossin mitbringen. Bitte, daß für Kommunisten leid u. ehrlich Care Pflicht, Pflicht, Pflicht. — Freitag, den 12. Januar, abends 7 Uhr, im Waidhaus zur „Stadt“, in der „Gartenstraße“ eine wöchentliche Feier für den Unterdistrikt Waldenburg, unter Mitwirkung der Waldenburg, Kommunist. Tagesordnung: Programm. Wir laden deshalb die uninteressierten Ortsgruppen, sowie die Sympathisierenden herzlich ein. Der Dienstag, ist zur die Karte bitte bestimmen: Freitag 9 Uhr.

Gewerkschaften

Alle Zuwendungen in Gewerkschaftsangelegenheiten an das Sekretariat, Breslau, Nikolaistr. 40/41.

Breslau. Bergarbeiter-Vereinigung. Am Sonntag, 14. Januar, findet in Breslau die 4. wöchentliche Mitglieder Versammlung der Bezirksleitung statt. Alle Genossen, die zu dieser Konferenz befragt sind, müssen bei bereits Sonntagabend, den 13. Januar, abends 7 Uhr, im Parteibüro zu einer dringenden Besprechung. — Sonnabend, den 13. Januar, abends 7 Uhr, im Parteibüro, sehr wichtige Zusammenkunft aller kommunistischen Ortsgruppen. — Achtung! Bauarbeiter. Sonntag, den 14. Januar, vorm. 9 Uhr, im Parteibüro. Tagesordnung: 1. Bericht vom 4. Weltkongress, 2. Monatsbericht über die deutsche Arbeiter-Zeitung. Alle Genossen sind herzlich willkommen.

Bekanntmachung.

Die Städtische Sparkasse veröffentlicht in Nr. 2 des Breslauer Gemeindeblattes die neue von Herrn Oberpräsidenten genehmigte Satzung vom 10. Oktober 1922, die in der Hauptsache der Städtischen Sparkasse und allen ihren Nebenstellen zur Einsicht ausliegt. Das Sparkassen-Kuratorium.

Wir empfehlen:
Die kommunistische Internationale Nr. 23
Preis: M. 500,-
Zu beziehen durch:
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien
e. G. m. b. H.
Breslau 1, Nikolaistr. 40/40

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9